

Wir wollen sie! – Wir nicht!

In jedem anderen Bundesland gibt es die „Verfasste Studierendenschaft“. Nur in Bayern nicht. Sind die Studierenden im Freistaat unmündig? Ist die CSU an allem schuld? Die öffentliche Debatte zeigt: Der Diskurs ist vielschichtig. Wenn man die Schichten denn sehen will.

TEXT Thilo Schröder | FOTO Philip Pauen



Derzeit organisieren sich die bayerischen Studierenden in Fachschaftsvertretungen ...

In 15 Bundesländern erscheint sie selbstverständlich. Sie bietet Studierenden viele Freiräume – und steht dafür auch in der Kritik. In Bayern gibt es sie nicht mehr, seit 1973: die Verfasste Studierendenschaft (VS). Das heißt: studentische Selbstverwaltungen, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts fungieren, und damit von der Universitätsleitung unabhängig sind. Ende letzten Jahres haben Grüne und SPD Änderungsentwürfe für das Bayerische Hochschulgesetz zugunsten der VS im Landtag eingebracht. Nicht zum ersten Mal. Im Frühjahr 2013 demonstrierten Studierende landesweit für die VS. Die Staatsregierung lehnte jedes Mal die Wiedereinführung ab. Warum tut man sich so schwer mit der VS in Bayern?

„Es gibt viele Dinge, die wir gar nicht mehr vermissen. Viele Mitspracherechte, die wir gar nicht mehr kennen, weil sie nur möglich sind mit einer Verfassten Studierendenschaft.“ Das hier gezeichnete Bild vermittelt vor allem eines: mangelnde Kampfbereitschaft. Sein Urheber ist Constantin Pittruff, Sprecher der Landes-ASTen-Konferenz Bayern (LAK), dem Zusammenschluss aller studentischen Vertretungen im Freistaat. Eine eigene Satzung, Vertragshoheit und ein selbstverwaltetes Budget: Das sind die Kernforderungen der LAK Bayern zur Wiedereinführung der Verfassten Stu-

dierendenschaft. Pittruff plädiert für mehr Handlungsfreiraum, für mehr Geld, um Projekte zu finanzieren.

Ganz anders die Ansicht des Bayerischen Wissenschaftsministeriums: Studierende wirken bereits in Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen wie dem Senat mit, heißt es. Und: Sie haben eigene Gremien wie den Konvent und Fachschaftsvertretungen. „An den Hochschulen in Bayern sind die Studierenden damit angemessen vertreten“, teilt das CSU-Ministerium mit. „Es bedarf dazu keiner verfassten Studierendenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat und Pflichtbeiträgen.“

Die Junge Union Bayern spricht sich ebenfalls gegen die VS aus. Sie begründet das unter anderem mit einer

„mangelnden demokratischen Legitimation“ einer VS, die „sich jedoch annahmt, für alle Studenten zu sprechen“. Tatsächlich liegt bundesweit die Wahlbeteiligung bei Hochschulwahlen häufig zwischen zehn und 15 Prozent. Eine „Marginalisierung von Minderheiten“ in Kombination mit einer „Zwangsmitgliedschaft“ sieht darin die Junge Alternative Bayern; jedoch sei man sich in diesem Punkt noch uneins.

„Man könnte Studierendenbeiträge verlangen, etwa in Höhe eines Kaffees pro Monat“

(CONSTANTIN PITTRUFF,
LANDES-ASTEN-KONFERENZ BAYERN)



... wie hier bei einem Konvent an der LMU

Die Junge Union glaubt, die VS könnte das Serviceangebot der Universitäten schwächen. Denn diese und die Studentenwerke „bezahlen hierfür qualifiziertes Fachpersonal mit langjähriger Berufserfahrung“. Studierende könnten solche Qualitätsstandards nicht einhalten. Christian Tichatschke, Landesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen Bayern meint, Studierendenparlamente sollten Beratungsgremien sein. Denn: „Es wird stark politisiert und man versucht, sich gegenseitig zu blockieren.“

„Viele Probleme entstehen durch ineffiziente Strukturen der Studierendenvertretungen“

(CHRISTIAN TICHATSCHKE, LIBERALE HOCHSCHULGRUPPEN BAYERN)

Tichatschke fordert eine stärkere Rückkopplung der studentischen Anliegen an die Hochschulgremien, mittels studentischer Berater. Autonome Referate – etwa in Finanzfragen – lehnt Tichatschke ab. Er befürchtet, dass sich Referenten auf solchen Posten ausruhen und befürwortet einen Verbleib der Verwaltungsstrukturen bei den Hochschulen. Allerdings sollten Zuschüsse aufgestockt werden.

In der Landtagsopposition sind solche Positionen derzeit nicht vertreten. Grüne, SPD und Freie Wähler stellen sich klar hinter die VS. „Gerade in Zeiten, in denen die Demokratie immer heftigeren Angriffen ausgesetzt ist, brauchen wir mehr statt weniger Demokratie“, sagt Verena Osgyan, Wissenschaftssprecherin der Grünen-Fraktion. Bei Verhandlungen um Semester- und Kulturtickets wie in München, Regensburg oder Erlangen-Nürnberg wirke sich das ganz konkret aus. Die bestehenden Regelungen „schränken die Studierendenvertretung ein“, meint Eva Lettenbauer, Landessprecherin der Grünen Jugend.

Die Studierendenvertretung wird derzeit „extrem fremdgesteuert“ und agiert dadurch als „schlichter Bittsteller“, kritisiert Isabell Zacharias, hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Die VS sei hingegen praktisch eine Gewerkschaft, durch die studentische Interessen gestärkt würden. „Studierende brauchen mehr Gewicht im Universitätsbetrieb“, unterstreicht auch die Linksjugend Bayern.

Ein Blick ins Nachbarbundesland Baden-Württemberg zeigt, wie die VS angenommen wird. Hier hat die Landesregierung sie 2012 nach 35 Jahren wiedereingeführt. Leon Grünig, Vorsitzender der Studierendenvertretung an der Uni Freiburg, schätzt an der VS jene Vorteile, die auch LAK-Sprecher Pittruff nennt. Und er ergänzt: „Unsere Äußerungen werden nun für voller genommen, es ist offizieller.“ Aber auch in Freiburg zeigt sich: Die VS muss nicht die Lösung für alles sein. Stichwort Wahlbeteiligung: Die lag bei den jüngsten Hochschulwahlen bei knapp über elf Prozent.

INFO

Unter einer Verfassten Studierendenschaft versteht man den Zusammenschluss aller Studierenden einer Hochschule, wenn dieser durch Gesetz oder eine Hochschulverfassung geregelt ist. Sie vertritt studentische Interessen gegenüber der Hochschule und der Öffentlichkeit. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts organisiert, sind verfasste Studierendenvertretungen an hochschulpolitischen Entscheidungen aktiv beteiligt und genießen weitreichende Autonomierechte hinsichtlich ihrer eigenen Verwaltung.